

Nur ein Dankeschön reicht nicht aus –

Kommunales Flüchtlingsengagement als Basis einer gelingenden Integration

Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Rede zum Auftakt der interkulturellen Woche im September 2015 gesagt:

„Wir ahnen, dass der Zug der Flüchtenden, der vor allem in Deutschland sein erhofftes Ziel findet, unser Land verändern wird. Wie die Veränderung aussieht – das liegt an uns. Die Aufgabe ist nun: schneller und intensiver Deutsch lehren! Flüchtlinge, die bleiben, schneller ausbilden, umschulen und arbeiten lassen! Sie schneller in unsere Vereine und Organisationen aufnehmen! Sie einfach schneller spüren lassen, dass sie dazugehören, dass wir zusammen eine Gemeinschaft bilden!“¹

Die Veränderungen, von denen Bundespräsident Gauck spricht, werden zuallererst vor Ort in den Städten und Gemeinden und dort in den Stadtteilen und Quartieren spürbar, um später ein sich langsam veränderndes Deutschland entstehen zu lassen.

Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger mit seiner ungewöhnlich großen Intensität innerhalb der Wirkungsfelder Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Freizeit könnte sich dabei als besonderer Erfolgsfaktor erweisen.

Engagement für Flüchtlinge als deutsches Sommermärchen Teil zwei

Ein einziges Fußballspektakel schaffte vor neun Jahren in nur 31 Tagen das, was zahlreichen politischen Granden vorher in Jahrzehnten nicht gelungen war: die Bundesbürger in der Welt als enthusiastische, aufgeschlossene und lebenslustige Gastgeber zu präsentieren.²

Die außergewöhnliche Engagementbereitschaft in der Flüchtlingshilfe, die unser Land im Jahr 2015, ohne dass sie von öffentlichen Stellen angefordert oder von politischer Seite angeregt werden musste, mit großer Intensität überzogen hat, kann ganz sicher ebenfalls in die Kategorie Sommermärchen eingeordnet werden.

¹ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/09/150927-Interkulturelle-Woche-Mainz.html>, abgerufen am 26.10.2015.

² Frankfurter Rundschau, 6. Juni 2014.

Mehr oder weniger in allen deutschen Städten und Gemeinden haben sich innerhalb der letzten Monate teilweise hunderte Einzelpersonen gemeldet, die sich ein Engagement vorstellen können oder sie haben allein oder in spontanen Gemeinschaftsinitiativen einfach dort unterstützt, wo Hilfe und Unterstützung notwendig war und ist. Darüber hinaus überlegen Sportvereine, Schulen, Kindergärten und Unternehmen, welche Aktivitäten und Aktionen sie mit und für die Zielgruppe Flüchtlinge organisieren können.

Auch wenn die positive Grundstimmung aufgrund Konfliktsituationen unter den verschiedenen Ethnien der Flüchtlinge, aber auch im Alltags-Miteinander der Stadtgesellschaften Risse erhalten wird, gilt es, das jetzt dokumentierte Engagementpotenzial so intensiv wie möglich zu halten, zu begleiten und auszubauen. Wobei auch klar ist, dass bürgerschaftliches Engagement seine Grenzen hat, wenn Überforderung droht oder gut gemeinte Hilfe sich nicht mit den eigentlichen Bedarfen und vereinbarten Standards deckt.

Kommunale Koordinierung des Flüchtlingsengagements unerlässlich

Unbestritten kann das „Wir schaffen das“ von Angela Merkel – gemeint ist damit die Integration der hier bleibenden Flüchtlinge als neue Mitbürgerinnen und Mitbürger – nur mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ausgefüllt werden. Dem zu erwartenden Abflauen des aktuellen Spontanengagements als einzigartige Willkommenskultur ist daher frühzeitig entgegenzuwirken, um die Engagementbereitschaft zu sichern und zu verstetigen und somit eine neue nachhaltige Kultur des lokalen Miteinanders aufzubauen.

Als letzte Glieder in der Verantwortungskette sind es die Kommunen, die hier in der Pflicht stehen, ob sie wollen oder nicht. Jede Stadt und jede Gemeinde nach ihren unterschiedlichen individuellen Möglichkeiten.

Erforderlich ist in jedem Fall eine professionelle serviceorientierte Koordinierung, um die Kompetenzen der Engagement fördernden lokalen Infrastruktureinrichtungen zu einer Gesamtstrategie zu vernetzen.

Dabei sind die Städte und Gemeinden, die schon länger die kommunale Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements als Handlungsfeld für sich entdeckt haben, klar im Vorteil. Sie können die vorhandenen Strukturen des Freiwilligenmanagements, insbesondere wenn zentrale Anlaufstellen in den Rathäusern zur Verfügung stehen und diese dann etablierte Freiwilligenagenturen oder andere Infrastruktureinrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände ins Boot holen, um gemeinsame Strategien schnell und wirksam abzustimmen.

Dazu ist einerseits die spontane Hilfsbereitschaft aufzugreifen und andererseits sind Wege zu finden, diese spontane Hilfe in langfristiges Engagement für Geflüchtete zu überführen. Auch muss die schon jetzt an verschiedenen Stellen sichtbar gewordene Überforderung des Ehrenamtes gestoppt werden.

Nur wenn jetzt sofort mit einer hohen Dynamik agiert wird, kann für unser zukünftiges örtliches Zusammenleben ein wichtiger Mehrwert erzielt werden.

Lokale Bündnisse als Garant für ein wirksames Handeln

Die aktuelle Engagementbereitschaft kann in unterschiedliche Kategorien eingeordnet werden:

- „Gesteuertes“ Engagement über die etablierten Einrichtungen, wie zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen oder Mehrgenerationenhäuser. Hier werden Familientreffs, Spielgruppen für Kinder oder Fahrradreparaturwerkstätten sowie Sprachcafés organisiert.
- Spontanengagement, welches sich besonders in der sofortigen Unterstützung, von der Kleiderspende, der Organisation von Kleiderkammern in Notunterkünften bis hin zu Ärzteteams, die in Notunterkünften Sprechstunden betreiben, zeigt. Auch die Entwicklung von Onlineangeboten als Orientierung für Flüchtlinge oder als Hilfestellung für Engagierte ist als Beispiel zu sehen.
- Etablierung neuer zivilgesellschaftlicher Strukturen wie die Gründung von Vereinen, Arbeitskreisen und runden Tischen mit dem Ziel des Aufbaus einer nachhaltigen Engagementkultur.
- Registrierung von Einzelpersonen und lokalen Akteursgruppen (Sport- und Musikvereine, Schulen, Kindergärten ...), die unterschiedliche Engagements und Aktionen „auf Abruf“ anbieten.
- Einsatzbereitschaft von Unternehmen sowie Wohn- und Grundstückseigentümern, die sich einem Engagement in den Handlungsfeldern Arbeit und Wohnen verpflichtet fühlen.
- Weiterbildungsträger, die sich mit speziellen Qualifizierungs- und Informationsangeboten an die Ehrenamtlichen wenden.
- Unterschiedliche etablierte Beratungsstellen, die ebenfalls ihre Beratungsleistung für Ehrenamtliche und für Flüchtlinge anbieten.
- Bundesfreiwilligendienstler aus dem Sonderprogramm.
- ...

Die nicht abschließende Aufzählung ruft förmlich nach einer professionell agierenden kommunalen Freiwilligenkoordination mit dem Ziel des Aufbaus eines lokalen Bündnisses, um u. a.

- den Wissenstransfers untereinander zu gewährleisten,
- Doppelstrukturen zu vermeiden,
- gemeinsame Projekte und Kooperationen zu verabreden,
- Informationen und Wünsche der Verwaltung zu transportieren sowie
- für eine bedarfsgerechte Vergabe zur Verfügung stehender kommunaler finanzieller Mittel zu sorgen.

Ein funktionierendes Bündnis kann darüber hinaus das Fundament bilden, um sozialem Konfliktpotenzial, auf das sich die Kommunen auch einstellen müssen, vorzubeugen.

Gleichzeitig sind die Potenziale der Geflüchteten einzubeziehen, um die Selbsthilfe und Selbstständigkeit zu fördern. Insgesamt gilt, die Augenhöhe mit allen Beteiligten herzustellen und zu halten.

Kommunale Förderfonds als Anerkennung und Motivation

Beobachtet werden kann immer noch ein gewisses Nice-To-Have-Denken in Teilen von Kommunalverwaltungen. Das Ehrenamt ist willkommen und wird in der Regel mit Dankeschön-Worten und Anerkennungsveranstaltungen wertgeschätzt. Diese Elemente der Anerkennungskultur sind an vielen Stellen richtig und passend, reichen aber in der jetzt vor uns liegenden Ausnahmesituation nicht aus.

Das bedeutet nicht, für eine Bezahlung des Ehrenamtes zu reden. Aber wenn das bürgerschaftliche Engagement als Basis einer erfolgreichen Integration gesehen wird, kann man zum Beispiel von einem Sportverein nicht ernsthaft erwarten, dass er ausschließlich mit eigenen Mitteln den so wichtigen Part im Segment der Freizeitintegration übernimmt. Ein zumindest anteiliger Aufwandsersatz – auch als Motivationsanreiz – wäre gerechtfertigt. Denn die Vereine könnten sich als tragende Integrations Säule erweisen.

Da lohnt ein Blick nach Sachsen-Anhalt, wo das Land einen niedrigschwelligen Förderfonds zur Stärkung ehrenamtlicher Arbeit lokaler Willkommensinitiativen eingerichtet hat. Aus diesen Mitteln können beispielsweise Lehrmaterialien für Sprachlernangebote, Raummieten für Willkommens-Cafés, Material für die ehrenamtliche Fahrradwerkstatt oder Trikots für die interkulturelle Fußballmannschaft finanziert werden. Gefördert werden oft auch Fahrtkosten für freiwillig Engagierte, Fortbildungen und Begegnungsveranstaltungen.³

Kommunale Förderfonds in dieser Ausprägung, über deren Verwendung idealerweise ein Bündnis (wie oben beschrieben) gemeinschaftlich und bedarfsgerecht in Abstimmung mit den Fachstellen für Integration und Migration entscheidet, könnten für eine gute Partnerschaft der lokalen Akteure und für Transparenz im herausfordernden Wirken der nächsten Jahre sorgen.

Entfremdung vorbeugen

Transparenz und Dialogbereitschaft im Hinblick auf die Sorgen der Menschen, darauf sei abschließend auch hingewiesen, sind bei aller Engagements euphorie und positiven Willkommenskultur vonnöten. Denn parallel müssen sich die kommunalen Entscheider mit Fingerspitzengefühl und kreativen Informationsformaten auch einer anderen Seite der Medaille widmen. Peer Steinbrück hat es zum Jahresende 2015 so formuliert: „Solange sich diejenigen, die praktische Mitmenschlichkeit üben,

³ Olaf Ebert/Andreas Hesse, BBE Newsletter für Engagement und Partizipation 22/2015.

eher mit den Flüchtlingen solidarisieren, als Verständnis für die Sorgen ihrer Landsleute zu entwickeln, so lange wird die innergesellschaftliche Entfremdung wachsen.“⁴

Mit einem Mehr an kommunalem Invest in das bürgerschaftliche Engagement der Flüchtlingshilfe, gepaart mit einer offenen Diskussionskultur in allen anderen beschriebenen Handlungsfeldern der Integration kann die Eingliederung unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger gelingen und zu einer positiven Entwicklung der örtlichen Gemeinschaft führen.

Autor

Siegmar Schridde, Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine, Koordinierung Flüchtlingsengagement.

Kontakt: Siegmar.Schridde@rheine.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

⁴ Die Zeit, 17.12.2015, Wider die Radikalisierung unserer Gesellschaft.